

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnemement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

17. August 1968 - 66 / 11
Einzelpreis DM 0.75

=====

SEITE 7: DAS GANZE DEUTSCHLAND SOLL ES SEIN! - EXTRA-REPORT ÜBER DIE
ERSTE NEONAZI-DEMONSTRATION IN WESTBERLIN

SEITE 8: MÜNCHENER REGISSEURE FORDERN EIN DEMOKRATISCHES THEATER

SEITE 11: AUFRUF FRANZÖSISCHER STUDENTEN UND SCHRIFTSTELLER ZUM
BOYKOTT DES GAULLISTISCHEN REGIMES

=====

DAS WORT ZUM SONNTAG

Auf einer Journalistenrunde am vergangenen Mittwoch soll Bürgermeister Neubauer zu vorgerückter Stunde seinen im Schweizer Urlaub weilenden Chef, Schütz, mit freundlichen Vergleichen bedacht haben. Das neueste Anti-Schütz-Bonmot soll bei dieser Gelegenheit gefallen sein: "Worin liegt der Unterschied zwischen Schütz und Lübke?" Antwort: "Schütz ist jünger".

RA MAHLER AN SENATOR HOPPE: DIFFAMIERUNG, INTRIGE, RUFMORD

Mit einem ungewöhnlich scharfen Schreiben hat sich jetzt Rechtsanwalt Horst Mahler an den Westberliner Justizsenator Hoppe gewandt, nachdem ihm der Erste Staatsanwalt Groß - als Teufel-Ankläger im Steinwurf-Prozeß bekannt geworden - angekündigt hat, daß gegen den Anwalt demnächst Anklage wegen Untreue erhoben werde. Diese Mitteilung fiel seltsamerweise mit dem Zeitpunkt zusammen, als in Westberliner Justizkreisen bekannt wurde, daß Mahler eine inzwischen bei der EXTRA-Dienst GmbH. erschiene Anklageschrift gegen die ungesetzlichen Methoden der Westberliner Staatsanwaltschaft vorbereite (siehe letzte Seite und EXTRA-Dienst Nr. 65/II).

Groß hatte einst dadurch Aufsehen erregt, daß er Mahler wenige Tage vor Beginn des spektakulären Teufel-Prozesses mitgeteilt hatte, daß er gegen ihn ermittele. Damals war in der Presse - so im "Spiegel" - der Verdacht aufgetaucht, man wolle Mahler beim Teufel-Prozeß unter Druck setzen.

Mahler wandte sich jetzt an den Justizsenator: "Ich soll Untreue dadurch begangen haben, daß ich in einem privaten Rechtsstreit mit einer Forderung aufrechnete, die nach Ansicht des Herrn Groß nicht besteht. Diese Forderung ist mit einer Schuldurkunde verbrieft. Eine mit drei Berufsrichtern besetzte Zivilkammer des Landgerichts Berlin hat die Forderung in einem Urteil bestätigt; gleichwohl hält der Staatsanwalt den Vorwurf aufrecht.

Das Verfahren gegen Mahler, das durch eine Anzeige von Mahler selbst gegen die jetzige einzige Zeugin des Staatsanwalt Groß wegen Erpressung ausgelöst wurde, geht um 18 000 Mark, die Mahler auf Grund eines Schuldscheins der Zeugin über 25 000 Mark einbehalten hatte: Es war die erste Rate für die Verteidigungskosten im Mammutprozeß gegen den Finanzmakler Wemhoff im Thyssenbank-Prozeß, dessen Schwiegermutter die Zeugin ist. EXTRA-Dienst wird auf die näheren Umstände dieses Falles in der nächsten Nummer

mit einem ausführlichen Report eingehen.

Mahler an Hoppe: "Die Art und Weise wie hier versucht wird, eine Anzeige zusammenzuzimmern, dürfte in der Westberliner Justiztradition ohne Beispiel sein. Der Staatsanwalt kann sich nicht im unklaren sein, daß seine Beweisführung vor Gericht keinen Erfolg haben kann - wenn alles mit rechten Dingen zugeht! - Er kann aber sicher sein, daß die Springerpresse über die Anklage in großer Aufmachung berichten wird. Ich bin überzeugt, daß es dem Ersten Staatsanwalt - und vielleicht steht er nicht allein - einzig und allein auf eine Diffamierung ankommt." In einem 23 Seiten starken Schriftsatz an Groß weist Mahler anhand dokumentarischer, der Staatsanwaltschaft bekannter Belege, der Zeugin in allen wichtigen Punkten einander diametral entgegengesetzte Aussagen zu verschiedenen Zeitpunkten nach und schreibt zum Schluß: "Ich weiß nicht, was Sie angesichts der Unhaltbarkeit Ihrer Argumentation bei der Ausfertigung Ihrer Mitteilung vom 5. 8. 1968 (nämlich Anklage zu erheben) empfunden haben. Ich an Ihrer Stelle würde mich sowohl als Jurist als auch als Mensch für eine solche Handlung schämen." Mahler würde es "begrüßen", wenn Groß gegen ihn Anzeige wegen übler Nachrede und Beleidigung erstatten würde, um "in einem öffentlichen Verfahren die Berechtigung meiner Vorwürfe nachzuweisen." Interessant ist, daß neben den Ermittlungen gegen Mahler auch ein weiter zurückliegendes Ermittlungsverfahren gegen die "Hauptbelastungszeugin" läuft: Verdacht zur Beihilfe bei einem Konkursverbrechen im Zusammenhang mit der Thyssenbank-Affaire. Bearbeitender Staatsanwalt: Groß. Das Verfahren gegen Mahler war erst fünf Monate nach Anzeigeerstattung eingeleitet worden - und zwar Ende Juni 1967, nachdem Mahler im Zusammenhang mit den Ereignissen des 2. Juni die ersten schweren Vorwürfe gegen die Westberliner Justiz erhoben hatte. Mahler hat außerdem Strafanzeige gegen Groß wegen Begünstigung im Amt erstattet, da Groß im Verlaufe des Ermittlungsverfahrens gegen Mahler eine nachweislich falsche eidesstattliche Versicherung seiner "Zeugin" bekannt wurde, ohne daß er gegen sie Ermittlungen einleitete.

In Mahlers Brief an Hoppe heißt es abschließend: "Es gehörte schon immer zum Repertoire von Oligarchien, unbequeme politische Gegner mit untauglichen oder gefälschten Beweismitteln krimineller Handlungen zu bezichtigen, um sie auf diese Weise politisch zu isolieren. Die Westberliner Staatsanwaltschaft hat die Macht, in dieser Weise einen Rufmord zu inszenieren. Sie haben die Möglichkeit, die Intrige zu vereiteln. Also tun Sie es!"

RECHTSEXTREMISTEN: ZWISCHENFALL AUF DER KUNDGEBUNG ZUM 13. AUGUST

Während einer Kundgebung "Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS) zum 13. August am Fehrbelliner Platz in Wilmersdorf kam es zu einer Schlägerei, als eine Gruppe von Arbeitern und Studenten eine rote Fahne hochhielt. Ein VOS-Mann, offensichtlich stark angetrunken, ging dabei auf einen Schwerbeschädigten los und zertrümmerte mit einem Faustschlag dessen Brille. Herbeigerufene Polizei nahm den Schläger mit. Auf der Veranstaltung, auf der Sprecher aller drei im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien angekündigt waren, sprach lediglich ein Vertreter der CDU, der Abgeordnete Lummer. Außerdem meldete sich ein Sprecher der NPD zu Wort.

Protest von rechts erntete das Mitglied des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Rainer Hildebrandt, der sich als früherer strikter kalter Krieger einen Namen gemacht hat. Er verurteilte scharf die antikommunistische Hysterie der Westberliner gegen rote Fahnen: Dieses Symbol sei auch für Nichtkommunisten aus dem Proletariat maßgebend. Er meinte, daß Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 vielleicht deshalb habe sterben müssen, weil er an jenem Tag ein rotes Hemd anhatte. Bei dem Referat von Hildebrandt kam es mehrfach zu aggressiven Zwischenrufen wie "Maul halten!" und "Raus mit dem Kerl!". Dagegen kam es bei den Sprechern der NPD in dem überwiegend älteren Publikum mehrfach zu Beifallskundgebungen. Hildebrandt zeigte sich nach Schluß der Veranstaltung von dem Verhalten seiner früheren Gesinnungsgenossen deutlich verärgert.

MITBESTIMMUNG: HBV-KAMPAGNE IM MANAGEMENT

Für die kommenden Monate wird sich die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) verstärkt der Forderung nach Einführung der Mitbestimmung in den großen Warenhaus-Konzernen widmen. Die Kampagne wird vor allem in der Karstadt AG (mit

dem Kepa-Kaufhaus), der Kaufhof AG (mit der Kaufhalle GmbH), der Hertie- Waren- und Kaufhaus GmbH., der Helmut Horten GmbH, im Neckermann Versand KG, Quelle Versand AG und Schwab Versand AG geführt. In diesen sieben Konzernen arbeiten über 200 000 Männer und Frauen. Die angelaufene Kampagne hat nicht nur bei den "kleinen Angestellten" erhebliche Resonanz gefunden, sondern auch im mittleren und gehobenen Management. Die Kaufhaus-Konzerne werden besonders autoritär geführt, so daß selbst im Management der Filialen die Forderung nach Einführung der Mitbestimmung zustimmend diskutiert wird. Erhebliche Kritik wird im Management dabei am Einfluß der Großbanken in den Kaufhäusern geübt, die sich in vielen Fällen ein Mitspracherecht bei der Besetzung selbst mittlerer Führungspositionen gesichert haben.

NPD UND GEWERKSCHAFTEN: ZUSAMMENARBEIT MIT CHRISTEN

Die Bemühungen der NPD, ihre Zusammenarbeit mit westdeutschen Gewerkschaften zu intensivieren, sind beim DGB, bei der Gewerkschaft der Polizei und bei der DAG auf wenig Gegenliebe gestoßen. Die meisten dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften haben ihre Mitglieder, die zur NPD gehören, ausgeschlossen. Die DAG hat zwar NPD-Mitglieder, versagt ihnen aber die hauptamtliche oder ehrenamtliche Tätigkeit. Eine Mitarbeit, teilweise sogar Zusammenarbeit ergibt sich für die Extremistenpartei allerdings in den Kreisen, vor allem christlichen Gewerkschaften. Wichtigste Stoßrichtung der NPD ist derzeit der Deutsche Handels- und Industrieangestelltenverband (DHV), der von der NPD "als wirklich freie Gewerkschaft" bezeichnet wird, der auch weiterhin einen "eigenständigen Weg geht". Die NPD weist auf Organisationsmöglichkeiten nicht nur im DHV, sondern auch im Verband der weiblichen Angestellten (VWA), im Verband Deutscher Techniker (VDT), im Deutschen land- und forstwirtschaftlichen Angestelltenbund und im Angestelltenverband Deutscher Milchkontrolleur- und Tierzuchtangestellten (ADM) hin. Gewerkschaftspolitische Betätigung für NPD-Mitglieder geben nach Auskunft der NPD auch folgende christliche Gewerkschaften: Christlicher Metallarbeiter-Verband, Christliche Gewerkschaft Bergbau und Energie, Gewerkschaft der Papier-, Chemie-, Keramik- und Glasarbeiter, Christlicher Bau- und Holzarbeiterverband, Christlicher Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiterverband, Arbeitnehmerverband ländlicher Berufe, Bund der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten, Union Ganymed, Zentralverband Milchwirtschaftlicher Arbeitnehmer. Einzelne Regionalverbände dieser christlichen Gruppen machen jedoch, wie es in einer NPD-Mitteilung heißt, "Schwierigkeiten", was auf "den Druck des DGB zurückzuführen ist". Der Deutsche Postverband und die Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter, beide im Deutschen Beamtenbund, gehören ebenfalls zu den NPD-Bastionen. NPD-unterwandert ist auch der neugegründete Bergarbeiterverband (BAV) mit Sitz in Marl, der auch NPD-Mitgliedern, die in der Eisen-, Holz- oder Chemiebranche tätig sind, Unterschlupf gewährt. - Unter diesen Umständen hält es die NPD derzeit nicht für notwendig, eine eigene Parteigewerkschaft zu gründen.

POLIZEIWILLKÜR: WESTBERLINER PROFESSOR KLAGT

Prof. Thomas Sieverts, außerordentlicher Professor an der Hochschule für bildende Künste, Sohn des ehemaligen Hamburger Rektors und Strafrechtlers Rudolf Sieverts, hat das Land Berlin vor dem Verwaltungsgericht auf Feststellung der Rechtswidrigkeit polizeilicher Maßnahmen und auf Schadenersatz verklagt. Prof. Sieverts wurde am Ostersonntagabend als Beobachter einer Polizeiaktion "von vier Polizisten festgenommen, als ich einen Polizeibeamten, der zwei Damen brutal behandelte, nach seiner Dienstnummer fragte. Ich wurde unter entwürdigenden Umständen 31 Stunden festgehalten und von der Kriminalpolizei 'erkennungsdienstlich' behandelt, obwohl ich mich schon bei der Festnahme mittels meines Personalausweises ausweisen konnte. Mein Vater, Professor Rudolf Sieverts, wurde in Hamburg auf sein zuständiges Polizeirevier gebeten, wo er anhand der erkennungsdienstlichen Unterlagen gefragt wurde, ob er die abgebildete Person kenne und ob die Angaben der Wahrheit entsprächen." Nach drei Monaten wurde das von der Westberliner Staatsanwaltschaft gegen Prof. Sieverts eingeleitete Verfahren "wegen Auflaufs" eingestellt. Prof. Sieverts fordert jetzt auch die Herausgabe der "erkennungsdienstlichen Unterlagen" gegen ihn.

FRANKREICH: POLIZEI KAUFTE NEUE WAFFEN EIN

Die Pariser Polizei rüstet sich für einen heißen Herbst. Meldungen aus Frankreich zufolge wurden für die Polizisten feuerfeste Kampfanzüge, Knieschützer, durchsichtige Schilde, Schutzbrillen, Gasmasken und "ähnliche moderne Verteidigungsmittel" eingekauft. Außerdem bestellte das Innenministerium in der Bundesrepublik "neuartige Maschinen", deren Wirksamkeit die der üblichen Bulldozer übersteigt. Die Polizei testet außerdem einen Wasserwerfer, der "unangreifbar" sein soll. Er hat einen Inhalt von 6000 Litern, die mit Farbstoffen, übelriechenden Substanzen oder anderen Chemikalien versetzt werden können. Der Spritzwagen kann auch nicht umgestürzt werden: er steht auf besonders breitem Fahrgestell, das mit einem hydraulischen System gekoppelt ist. Auch neue Mannschaftswagen nach diesem System werden getestet. Die Polizei wird außerdem in Paris zentral geführt werden. Die französische Nachrichtenagentur AFP berichtet, daß das Hauptquartier dem "Befehlsstab einer Heeresgruppe gleicht". Inmitten eines von Fernsprechkablen umgebenen Saales befindet sich ein großer Tisch mit einem Stadtplan von Paris, auf dem die einzelnen Polizeieinheiten sowie etwaige Demonstrantengruppen durch kleine Barren dargestellt werden, die durch Magnete haften. Im Saal befindet sich auch ein riesiger Bildschirm, der mit den polizeieigenen Fernsehsendern gekoppelt ist. Die Sender stehen an den wichtigsten Knotenpunkten und Straßenzügen der Stadt, so daß man sich im Hauptquartier durch wahlweises Einschalten auch einen optischen Überblick über die Lage verschaffen kann. Akustisch wird der Überblick durch ein jetzt ausgebauten Funknetz gewahrt.

Auch personell verstärkt sich die Polizei in Paris. Erstmals werden zwei Kompanien der durch ihre Ausschreitungen berüchtigten CRS in Paris stationiert; sechs Schwadronen Gendarmerie wurden zusätzlich aufgestellt; die Sondereinheiten der Polizei, die aus Sportlehrern bestehen, werden auf 1500 Mann erhöht. Damit stehen im Herbst mehr als 20 000 Mann in Paris zur Verfügung (siehe auch Seite 11).

INDONESIEN: REPRIVATISIERUNG VON INDUSTRIE UND BODEN

Die indonesische Militärregierung, die nach der blutigen Unterdrückung eines von Kommunisten und Sozialisten angeblich vorbereiteten Volksaufstandes aus der Front der Dritten Welt ausgeschert ist, bezahlt jetzt den Preis für die politische und militärische Unterstützung durch die kapitalistischen Großmächte. Die Re-Kapitalisierung und Re-Feudalisierung in Indonesien ist nach zuverlässig erscheinenden Berichten in vollem Gange. Das indonesische Bergbauministerium hat die Ausbeutung der Bodenschätze durch ausländische Gesellschaften freigegeben, das Ministerium für Grundstoff- und Leichtindustrie die Erdölindustrie, Gummi, Düngemittel, Chemierzeugnisse, Flugzeugbau und Gaswerke für Investitionen westlicher Gesellschaften geöffnet. 60 ausländische Unternehmen erhielten Konzessionen für die Ausbeutung von Holzbeständen, die 50 Prozent des Bestandes in Indonesien ausmachen. 12 amerikanische, englische, japanische und niederländische Privatbanken errichteten in den letzten sechs Monaten Zweigniederlassungen in Indonesien und haben bereits 30 Prozent des Geldumlaufs unter Kontrolle. Auch die Plantagen des Landes, unter Sukarno Volks- oder Staatseigentum, wurden zu 60 Prozent wieder in private Hände gegeben, meist früheren Besitzern, die jetzt durch Strohmänner als "Pächter" auftreten. Die USA stehen sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie an der Spitze der Investoren: mehr als 70 Prozent kommen aus den Vereinigten Staaten. Die teilweise als "Entwicklungshilfe" getarnten Investitionen brachten den USA auch die Erlaubnis ein, militärische Stützpunkte in Indonesien auszubauen: Die US-Luftwaffe erhielt Landeerlaubnis in Djakarta und auf Bali, der Ort Tjilatpan wird als reine US-Basis ausgebaut.

KAMPAGNE: RATSCHLÄGE FÜR WEHRPFLICHTIGE

Der Westberliner Regionalausschuß der Kampagne für Demokratie und Abrüstung berät Wehrdienstgegner und Wehrpflichtige. Sprechstunden finden jeden Tag zwischen 17 und 20 Uhr statt (Berlin 12, Niebuhrstraße 65, Telefon 31 72 18).

FALL GERULL: SCHWIERIGKEITEN FÜR DIE SPD-FÜHRUNG

Der Ausschluß des Charlottenburger SPD-Funktionärs Jürgen Gerull aus der Partei bringt die Westberliner Führungsspitze zunehmend in Schwierigkeiten. Der Ausschluß ist für die SPD besonders peinlich, weil Gerull zwar als "Linker" galt, in weiten Parteilagen aber wegen seiner DDR-Haft als "richtiger Sozialdemokrat" anerkannt wird. Nach der Jungen Linken in der SPD, dem SHB und den Wilmersdorfer Jungsozialisten haben jetzt auch die Zehlendorfer Jungsozialisten öffentlichen Protest erhoben. Sie fordern die Diskussion der beiden Gerull-Anklagen: "1. Die Genossen Schütz und Neubauer waren im Februar 1968 (anlässlich des Vietnam-Kongresses. Die Red.) bereit, blutige Opfer eines Polizeieinsatzes in Kauf zu nehmen. 2. Die Gegenkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus am 21. Februar 1968 wurde mit Methoden organisiert, die sonst in totalitären Staaten üblich sind." Es ist zu erwarten, daß nach der Sommerpause in Abteilungen der Kreise Charlottenburg, Tiergarten, Steglitz, Kreuzberg und Zehlendorf ähnliche Anträge gestellt werden.

ISK MÜNCHEN: "IM HUND IST WAHRHEIT!"

Die "Internationale Studentischer Kriegsdienstverweigerer" (ISK) hat jetzt Reaktionen von Bürgern auf ihre (ironisch gemeinte) Ankündigung, einen Hund aus Protest gegen den Vietnamkrieg öffentlich zu verbrennen, zusammengestellt. Die ISK gab auf einer Versammlung Gelegenheit, die Wirkung einer solchen Ankündigung zu diskutieren. Die Meinung war geteilt: Eine Gruppe stellte fest, der Schock dieser nicht ernst gemeinten Ankündigung habe die Leute auf den Vietnam-Krieg aufmerksam gemacht; eine ebenso starke Gruppe teilte diese Auffassung nicht: Der ausgelöste Schock wende sich gegen den vermeintlichen Veranstalter einer Hundeverbrennung, nicht gegen den tatsächlichen Veranstalter eines Massenmordes in Vietnam. Zudem habe sich gezeigt, daß zwar die Ankündigung der Hundeverbrennung durch alle Zeitungen ging, nicht aber das Dementi. Zu den Reaktionen: Der Vorsitzende des Münchner Tierschutzvereins, Alfred Zoll: "Das ist beinahe eine so große Schweinerei wie der Vietnam-Krieg." Eine Münchnerin auf einer Karte: "Da lob ich mir die Buddhisten in Vietnam, die sich wenigstens selbst verbrennen." Die Münchner Polizei: "Es kommt ganz auf den Tatbestand an. Wenn der Hund schon brennt, müssen wir natürlich anders reagieren, als wenn der Scheiterhaufen gerade aufgebaut wird." Die ISK: Es habe sich gezeigt, daß "im Hunde Wahrheit ist".

REGEN/OBERPFALZ: MG GEGEN KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

Am 19. Juli übten sechs Soldaten des Panzergrenadierbataillons 4/112, das in der Nähe der oberpfälzischen Stadt Regen stationiert ist, auf der Stube des noch nicht anerkannten Kriegsdienstverweigerers Christian Haering "Waffendienst". Hearing war wegen Kreislaufstörungen vom Truppenarzt krank geschrieben worden. Die sechs Soldaten, die unter Kommando des Unteroffiziersanwärters Spiegelberg standen, richteten zwei Maschinengewehre auf den Kriegsdienstverweigerer und führten mit Übungsmunition geladene Gurte ein. Sie drückten vierzimal ab. Die Bitte des Soldaten, die MGs nicht auf ihn zu richten, wurde nicht erfüllt. Die Bundeswehr stellte den Fall als "Kameradenjux" hin.

HSU-FLUGBLATT: AUFRUF ZU SEXUELLEN AUSSCHWEIFUNGEN ?

Ein in Bayern von der Humanistischen Union verbreitetes Flugblatt, das im Zusammenhang mit der Anti-Baby-Pillen-Enzyklika des Papstes über verschiedene Methoden der Empfängnisverhütung aufklärt, darf an der Pädagogischen Hochschule in München nach einem Verbot des Rektors Schneider nicht mehr verteilt werden. Die Staatsanwaltschaft in München hat sich nach Anzeigen wegen "Verbreitung jugendgefährdenden Schrifttums" ebenfalls eingeschaltet. Sie beruft sich auf die "Anrufe erboster Eltern", die dem Flugblatt unterstellen, es rufe "zu sexuellen Ausschweifungen auf".

HEIDELBERG: SPRINGER-PROZESSE ANGEKÜNDIGT

Gegen etwa 15 Mitglieder des Heidelberger SDS werden zur Zeit von der Staatsanwaltschaft Stuttgart Ermittlungen wegen Blockierung der "Bild"-Druckerei in Esslingen am Karfreitag geführt. Mehrere Verfahren stehen kurz vor dem Antrag auf Eröffnung der Hauptver-

handlung beim Schöffengericht Esslingen. Die Verteidigung hat Dr. Amman aus Heidelberg übernommen. Die Heidelberger SDSler wollen vor Gericht beweisen, daß ihre Anti-Springer-Aktion im Sinne der übergesetzlichen Nothilfe zu verstehen ist: Sie mußten eine Straftat, nämlich die Verhinderung der "Bild"-Auslieferung, begehen, um ein ungleich größeres Verbrechen, nämlich das der Volksverhetzung, zu verhindern. In diesem Sinne will man den Prozeß zu einem öffentlichen Tribunal gegen Springer machen und den Nachweis führen, daß insbesondere "Bild" systematisch Volksverhetzung betrieben habe und weiterhin betreibt.

AUGSBURG: REPUBLIKANISCHER CLUB GEGRÜNDET

Auch Augsburg hat jetzt einen Republikanischen Club. Er wurde am vergangenen Wochenende gegründet. Er ist über die Adresse 89 Augsburg, Am Milchberg 9, zu erreichen.

PERSONALIEN

HEINZ KÖSTER, Chefredakteur der Berliner Morgenpost, der sinnigerweise am 7. Mai-Jahrestag seinen 60. Geburtstag feierte, durfte Glückwünsche eines früheren Mitarbeiters entgegennehmen: Bürgermeister Neubauer, der einst von den Olympischen Spielen in Tokio für die "Morgenpost" auf Senatskosten reportierte, lobte Köster: "Sie haben vor allem in den schweren Jahren unserer Stadt durch Ihre journalistische Arbeit mit dazu beigetragen, daß die Berliner ihren klaren Blick für die politischen Notwendigkeiten behielten. Der 13. August 1968 gibt mir besonderen Anlaß, Ihnen dafür zu danken." Köster ist für Neubauer "ein Vorbild in der Beachtung der ungeschriebenen Gesetze journalistischer Gesetze: unbestechlich im Urteil, aufgeschlossen für andere Meinungen, fair gegenüber dem politischen Gegner." Neubauers Geburtstagswunsch: "Daß Sie unserer Stadt noch viele Jahre Ihre großen journalistischen Erfahrungen zur Verfügung stellen können."

HARTMUT HÄUSSERMANN, früherer AStA-Chef der FU, machte jüngst die Erfahrung, daß nicht nur in Athen keineswegs der Milchmann vor der Tür stehen muß, wenn es um fünf Uhr früh klingelt. Am vergangenen Mittwoch wurde er um diese Zeit aus dem Bett geklingelt: Zwei Polizisten holten ihn ab zu einer zwangsweisen Vorführung zu einer Zeugenaussage vor dem Untersuchungsrichter. Häussermann: "Den Termin hatte ich einfach vergessen." Die Beamten überwachten seine Morgentoilette und brachten ihn dann zum Polizeirevier Baseler Straße. Dort wurde er bis 8 Uhr 20 ständig bewacht. Auf einem Mannschaftswagen wurde er dann nach Moabit gebracht. Um 9.10 Uhr schließlich wurde er zum Untersuchungsrichter gebracht. Sein "Verbrechen": Häussermanns Wagen hatte am 2. April zehn Minuten lang auf dem nur für US-Fahrzeuge zugelassenen amerikanischen Parkgelände in Dahlem gestanden. Die gestrenge US-Behörde, die artfremde Parker unnachgiebig verfolgt, hatte die Nummer aufgeschrieben und Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet. Der Parksünder war allerdings noch nicht einmal Häussermann, sondern der damalige AStA-Vize Wilhelmer. Der Richter konnte schließlich bei Durchsicht der Akten feststellen, daß Häussermanns Vernehmung überflüssig gewesen sei: All das war schon in einem Aussageprotokoll beim zuständigen Polizeirevier festgehalten worden.

ZITAT DER WOCHE

"Wir haben vor kurzem berichtet, wie groß die wirtschaftliche Belastung der Stadt Freiburg durch die Universität Freiburg ist. Es ergab sich, daß allein durch Mindereinnahmen bei der Grundsteuer, der Grunderwerbssteuer und der Gewerbesteuer ein jährlicher Einnahmeausfall von vier Millionen Mark entsteht. Um diesen Betrag könnten die Einnahmen der Stadt höher sein, wenn es möglich wäre, statt der Universität wirtschaftliche Unternehmen in Freiburg anzusiedeln." (Stadtkämmerer Evers (CDU) vor dem Freiburger Gemeinderat).

HINWEIS DER REDAKTION

DIE PRESSESTELLE der Freien Universität teilt uns zu dem in EXTRA-Dienst 65/II veröffentlichten Zitat des FU-Rektors Harndt (er habe Angst vor Studenten aufzutreten) mit, daß dieser von uns aus dem amerikanischen Nachrichtenmagazin "Newsweek" entnommene Ausspruch in dieser oder ähnlicher Form nie gefallen sei.

WAS WOLLEN SIE, WIR HATTEN JA HANDSCHUHE AN / VON MARTIN BUCHHOLZ

Es war ein freundschaftlicher Abschied: Die fünf jungen Männer schüttelten den drei Polizisten herzlich und ausdauernd die Hand. Einer der Beamten winkte ihnen noch hinterher: "Kommt gut nach Hause, Jungs!" Die "Jungs", ihr Wortführer ein blonder vollblutarischer Recke, der sich kurz vorher noch hart wie Kruppstahl und zäh wie Leder erwiesen hatte, waren schnell wie die Windhunde um die Ecke: Die Jung-Nazis hatten von der Polizei Geleitschutz erhalten, um aus einer Menge von etwa 1000 Anti-NPD-Demonstranten heil herauszukommen. Als ich einen der drei Polizisten fragte, ob das Händeschütteln nicht übertrieben herzlich gewesen sei, meinte er verlegen: "Was wollen Sie, wir hatten ja Handschuhe an."

Ja, sie hatten Handschuhe an: Deutsche Beamte wissen seit jeher, wie sie sich vor dem eventuellen Vorwurf schützen können, sie hätten sich die Hände schmutzig gemacht. Auch im Senat und in der Westberliner DGB-Spitze wollte man die Fingerschützer anbehalten, um sie nicht der NPD als Fehdehandschuh hinzuwerfen. SPD-Neubauer genehmigte die Demonstration so spät und in aller Stille, daß sich sein Parteifreund Sickert mit einem "scharfen Protest" hätte begnügen können (EXTRA-Dienst 65/II). Junge Gewerkschafter der IG Metall machten dieser Kungelei hinter der Parteikulissee einen Strich durch die Rechnung. Sie alarmierten Freunde von der APO: Die oft herbeigewünschte Aktionsgemeinschaft mit den Arbeitern entstand hier ganz spontan - und zwar auf Initiative der Arbeiter. Und es zeigte sich, daß jene verzwickte Gewalt-Philosophie, die die APO monatelang beschäftigt hat, mit einem Schlag lächerlich wird, wenn Arbeiter auf die Straße gehen: Sie kennen ihre Feinde und gehen mit ihnen nicht gerade zimperlich um.

Am Dienstag, den 13. August 1968 - laut "Bild"-Zeitrechnung: sieben Jahre nach der Mauer - wollte sich die Westberliner NPD zum erstenmal aus ihrem Mause-, genauer: aus ihrem Rattenloch auf die Straße wagen. Der Zeitpunkt war günstig gewählt, aus dem antikommunistischen Unbewußtsein der eingemauerten Westberliner Hirne faschistisches Kapital zu schlagen (obwohl es dazu in unserer Stadt gewiß keine NPD braucht, das können andere auch). Um 20 Uhr Sammeln am Olivaer Platz. Spruchbänder und Papptafeln werden verteilt. Aufschriften: "Bonn hat versagt, darum NPD" - "Nun erst recht NPD" - "Ulbricht, Wehner, Brandt, wo ist deren Vaterland" - "Das ganze Deutschland soll es sein".

Es werden auch Fackeln verteilt. Der Polizei-Einsatzleiter bittet, sie nicht auf dem Kurfürstendamm anzuzünden ("Das paßt nicht dorthin"). Man verspricht, daß man mit diesen knüppelartigen Pechbolzen auf dem Boulevard gewiß nicht lange fackeln wolle. Ein Ordnertrupp zeigt einander stolz das sonstige Waffenarsenal: Fahrradketten, feststehende Messer, Schlagringe, Totschläger - auch ein Hammer ist dabei, von einem schnurrbärtigen Exil-Ungarn, der sich schon bei der Besetzung des Germanischen Seminars als Steinwerfer hervorgetan hatte, vorgewiesen.

All diese Waffen kommen dann zum Einsatz, als an der Uhlandstraße etwa zweihundert Gegendemonstranten mit zwei Pappschildern "Nazis raus!" auftauchen. Der Schweigemarsch wird fortan von einem lautstarken Sprechchor begleitet: "Nazis raus aus Westberlin!" Der erste Angriff kommt von den NPD-Ordnern, die ein Schild der Gegendemonstration herunterfetzen. Das hätten sie bleiben lassen sollen: Zwei Straßenecken weiter ist von den Schildern der NPD keines mehr zu sehen. Die Neonazis schlagen mit den verbliebenen Stöcken in die Menge: Sie werden schnell und nicht gerade sanft entwaffnet, nur in einem Fall allerdings von der Polizei. Sie schützt die Neonazis - natürlich im "Befehlsnotstand". Ein Einsatzleiter an der Uhlandstraße ist erst nach längerem Drängen durch Presseleute bereit, den Hammer-Ungarn festnehmen zu lassen. Am "Astor"-Kino weigern sich gleich drei Beamte, einen Messerhelden zu entwaffnen. An der Gedächtniskirche lehnt es ein Beamter, vor dessen Füßen ein Anti-NPD-Demonstrant mit einer Fahrradkette zusammengeschlagen wird, ab, die Personalien des Schlägers festzustellen. Er rückt auch nicht mit der Dienstnummer heraus. Erst drei andere Kollegen bringen ihn schließlich dazu, mürrisch und auf die "roten Banditen" schimpfend, die blaue Dienstkarte aus der Brieftasche zu fingern (Nr. 80 437). Auf dem Wege von der Uhlandstraße bis zum "Marmorhaus" liegen mehrere blutgetränkte Latten und Fackeln auf dem

Bürgersteig und Rinnstein.

Von der Gedächtniskirche an ist die Demonstration gänzlich umfunktioniert: Aus dem NPD-Schweigemarsch wird ein Anti-Nazi-Protostzug, an dem schließlich mehr als tausend Menschen teilnehmen.

Am Nollendorfplatz wollten die NPD-Leute eine kurze Kundgebung veranstalten: Jetzt sind sie froh, mit Polizeigeleit in die Nebenstraßen verschwinden zu können. Rache üben sie dafür an einzelnen: In der Motzstraße zerren vier von ihnen einen jungen Gegendemonstranten in einen viertürigen, braunen Wagen und brausen davon. Einem Augenzeugenbericht zufolge notierten sich die Polizisten auf einem zehn Meter entfernt parkenden Einsatzwagen noch nicht einmal die Nummer.

"Wir müssen versuchen, die ganze Sache mit so wenig Spektakel wie möglich hinter uns zu kriegen", hatte vor Beginn der Demonstration ein Polizeioffizier am Olivaer Platz seinen Mannen erklärt. Also hielt man sich an die Weisung: Bei unliebsamen Zwischenfällen schaute man zur Seite. Dasselbe taten offensichtlich die meisten Zeitungsreporter: Nur ein paar kurze Meldungen am nächsten Tag in den Morgenblättern. "Bild" schwieg ganz, ebenso das "Spandauer Volksblatt". Hätte man doch zwischen den Zeilen zugeben müssen, daß die totgesagte Außerparlamentarische Opposition trotz "Sommerpause" recht rege ist - und diesmal sogar an der Seite einer Mehrzahl von jungen und alten Arbeitern.

Auch durch dieses Schweigen drücken sie den neuen Nazis indirekt die Hand - und gewiß nicht zum Abschied. Natürlich, niemand wird ihnen je vorwerfen können, sie hätten sich die Finger schmutzig gemacht. Was kann man ihnen anhaben. Sie hatten ja Handschuhe an.

EXTRA-DOKUMENTATION

ÜBER DIE CHANCEN EINES DEMOKRATISCHEN THEATERS

Nur aus kurzen Zitaten kennt die Öffentlichkeit die Stellungnahme der beiden Münchner Regisseure Peter Stein und Wolfgang Schwiedrzik zur Absetzung des Peter-Weiß-Stückes "Vietnam-Diskurs" durch den Intendanten der Münchener Kammerspiele, August Everding. Everding hatte das Stück am 17. Juli vom Spielplan gestrichen, nachdem es zuvor eine Sammlung für die FNL untersagt hatte, die von den Schauspielern jeweils im Anschluß an die Vorstellung durchgeführt wurde. Das Ensemble lehnte es daraufhin ab, weiterzuspielen. Everdings Stellungnahme war in der "Süddeutschen Zeitung" abgedruckt worden; aus "Platzgründen" lehnte die Zeitung den Druck der nachfolgend dokumentierten Erklärung der beiden Regisseure ab.

I. Wir sollten Herrn Everding und seinem Schreibgehilfen, Herrn Nagel, dankbar sein daß sie in ihren "Überlegungen zum Vietnam-Diskurs und seinen Folgen" die Gelegenheit ergriffen und endlich die "Rechtfertigung eines unverbindlichen, eklektischen Theaterbetriebes" gegeben haben. Wir haben zwar mehr erwartet, aber wir sind nicht überrascht. Denn nach der Ausübung der Zensur macht deren Apologie eins nur noch deutlicher: auf welcher Seite diese liberalen Herren, die den Begriff der Schizophrenie so kokettierend dankbar aufnehmen, sich geschlagen haben, welcher inhaltsleeren Begriff von Demokratie (und der Funktion des Theaters darin) sie haben, und wie beredt sie inzwischen werden müssen, um das schlichte Faktum zu kaschieren, daß sie nichts mitzuteilen haben - außer einem bürokratisch abgesicherten Nein.

Warum rasonieren sie dennoch so weitschweifig? Warum geben sie sich dazu her, eine politisch "begründete" - wenn auch nicht erklärte -, durchgesetzte Entscheidung mit Allgemeinplätzen zu verbrämen? Die Antwort ist einfach: sie haben das liberale Image ihres Hauses zu verteidigen. Und das bezeichnet genau den Widerspruch (nicht Schizophrenie - den Ausdruck nehmen wir zurück, denn er gibt ihnen die allzu gern ergriffene Möglichkeit, ihre Widersprüche als naturgesetzlich unaufhebbar zu begreifen): einerseits sind sie Kulturfunktionäre in einer verwalteten Gesellschaft, subventionierte Bestätiger des gesellschaftlichen status quo, andererseits verlangt ihr Selbstverständnis, den Anspruch des Theaters als einer demokratisch aufklärerischen Anstalt zu vertreten. Wie ist der Widerspruch zu lösen! Sie können weder öffentlich zugeben, daß sie sich als Kulturfunk-

tionäre und politische Opportunisten bei übergeordneten Instanzen Anweisungen holen, die durchzusetzen sie bürokratische Macht haben, noch können sie ihren demokratischen Anspruch inhaltlich erfüllen. Der Kompromiß, den die Herren hier schließen, bedingt die totale Aufgabe des Anspruchs auf gesellschaftliche, demokratische Praxis. Der demokratische Anspruch eines Theaters aber, das sich selbst diese Praxis verbietet oder abschneiden läßt, reduziert sich zur bloßen Fassade: Begriffe werden zu Leerformeln, Diskussionen zum ohnmächtigen Ritual, die Produzenten (ob Schauspieler, Regisseure oder Techniker) zu entmündigten Lohnarbeitern, die Zuschauer zu bloßen Konsumenten, das Theater selbst - wie richtig erkannt - zum "unverbindlichen, eklektischen Betrieb": getreues Abbild einer "Demokratie, die davon" bisher nicht viel "mehr als nur den Namen hat".

II. Die widersprüchlich lavierende Position der Theaterleitung dokumentiert sich gleichermaßen in Bewußtseins- wie in Erinnerungsschwäche, wie die Vorgänge anlässlich des "Vietnam-Diskurses" und die Überlegungen dazu zeigen. Die Theaterleitung wollte zu nächst keineswegs über Vietnam "aufklären", wollten den "Vietnam-Diskurs" absolut nicht. Nach wochenlangem Drängen gaben die leitenden Herren einem der beiden späteren Regisseure nach (allerdings mit der Auflage, daß die Inszenierung keine Kosten verursachen dürfe) und tolerierte eine Inszenierung, die von vornherein ihre agitatorische Absicht erklärte.

Doch war man sich schon vor der ersten Probe nicht darüber klar, ob diese Absicht mit der "Autonomie der Kunst" abzudecken wäre. Man mußte sich beim Kulturreferenten der Stadt das Einverständnis holen, ob ein informativer Brief der Regisseure an die Schauspieler, indem u. a. die bundesrepublikanische Demokratie in Anführungszeichen gesetzt war, auf der theatereigenen Reproduktionsmaschine abgezogen werden dürfe.

Verschreckt über das Endergebnis der Inszenierung erklärt die Direktion flugs ihr tiefes aufklärerisches Anliegen mit einem Stück, dessen Titel bereits klar formuliert, daß es nicht nur "einen Mißstand in der Welt bloßstellen", sondern zur Behebung dieses Mißstandes konkret auffordern will. Den deutlich artikulierten und fixierten Satz über die Waffenspende im Text von Wolfgang Neuss verdreht sie zur "Andeutung". Daß keiner der leitenden Herren auf der Hauptprobe, bei der die Sammlung inszeniert wurde, anwesend war, verschweigt sie und stellt falsche Behauptungen auf. Sie distanziert sich leichtfertig - und anmaßend sicher die Zustimmung des Lesers voraussetzend - vom "politischen Bekenntnis" des Stückeschreibers, von den politisch-agitatorischen Absichten der Regisseure und flüchtet sich in administrativen, bis zum Oberbürgermeister hinauf abgesicherten Formalismus, um die Aufführung in der inszenierten Form zu verhindern. Diese letzte Konsequenz, die Zensur - und wenn das nicht reicht, das bürokratisch abgesicherte Verbot - haben die leitenden Herren in der Tat mit den Kulturverwaltern in Moskau und Athen gemein; ihre Spezialität bleibt darüber hinaus die Manipulations- und Verschleierungstechnik, mit der Schauspielern und Regisseuren, die sich gegen Zensur wehren, unterstellt wird, sie wollten gar keine weiteren Vorstellungen mehr spielen. Diese Haltung wird zum Zynismus, wenn die Ablehnung eines Antrags von Schauspielern und Regisseuren (der alle formalen Hindernisse auszuräumen sucht), den "Vietnam-Diskurs" außerhalb städtischer Gebäude zu spielen, schlicht damit begründet wird, man wolle das Stück (von dessen politischem Bekenntnis -), die Inszenierung (von deren agitatorischer Absicht -), die Aufführung (von deren Konsequenzen man sich durch Verbot distanziert) eben unbedingt im eigenen Hause spielen.

III. Worin besteht denn die ungeheuerliche Zumutung des Vietnam-Ensembles an die Intendanz, die es zurückzuweisen gilt? In nicht mehr als der Forderung, ihren schon im Rahmen der herkömmlichen Autonomie des Theaters gegebenen Ermessensspielraum a priori nicht gegen, sondern für die eindeutigen Beschlüsse der an der Inszenierung beteiligten Schauspieler und Regisseure einzusetzen. Wenn es der Intendanz schon unmöglich scheint, sich mit der demokratischen Aktivität seines Ensembles "voll zu identifizieren", so wäre es doch nur billig, die Initiative der Mehrheit wenigstens zu tolerieren und gegen Repressalien von oben und von Seiten der eigenen Bürokratie, die das Hausrecht ausübt, abzuschirmen.

Argumente, mit denen eine Intendanz, die das eindeutige Votum eines Ensembles durch den administrativen Federstrich eines Verwaltungsdirektors übergehen läßt und die Arbeit eines Vierteljahres einfach annulliert, sich gegen den Vorwurf, "autoritäre Praktiken" zu üben, verteidigen könnte, gibt es keine: stattdessen wird "ein höherer Gesichtspunkt" ins Feld geführt.

Zweifellos ist der Gesichtspunkt ganz oben in einer autoritären Befehlspyramide "höher" als der der Produzenten am Arbeitsplatz. Er ist so hoch, daß er einen Vogel singen hört und weiß, welche "Meinung die Regierung zuläßt". Daß die FNL-Sammlung nicht nur eine Meinung oder "Schlußstein einer Kunstleistung, sondern auch eine politische Tat" (!) ist, muß jeden halbwegs angepaßten Opportunisten zutiefst erschrecken. Fangen doch da Leute an, nicht nur als Freizeit-Demokraten auf der verrufenen Straße ihre Meinung, "die nicht genau die Meinung der Regierung ist", zu sagen, sondern im Prozeß einer Probenarbeit zu politischen Erkenntnissen zu kommen, die sie veranlassen, an ihrem Arbeitsplatz demokratische Praxis zu entwickeln.

Kein Mitglied des Ensembles, dem jetzt unterstellt wird, seine Theorie in der Schule des Faschisten Carl Schmitt gebildet zu haben, stellt in Frage, daß der "Kern unseres Theaters Diskussion" ist. (Man muß Herrn Nagel zugute halten, daß er zudem in seiner antitotalitären Verbitterung Lenins Konflikt der proletarischen Demokratie nicht vom Schmittschen Zynismus zu unterscheiden weiß.) - Ganz zufällig hat nun eine Diskussion einmal ein Ergebnis gezeitigt: die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk nicht nur zu postulieren, sondern an Ort und Stelle, wo Leute in einem öffentlichen Forum - einem Theater - versammelt sind, zu praktizieren. Daß dies die Diskussion mit dem Publikum nicht ausschließt, ganz im Gegenteil provoziert, haben schon die drei ersten Aufführungen bewiesen. Noch selten hat eine Produktion der Kammerspiele ein Publikum so sehr als potentielle Demokraten behandelt wie bei den wenigen Aufführungen des "Vietnam-Diskurses".

IV. Wir bestreiten, daß die am Fall des "Vietnam-Diskurses und seiner Folgen" sichtbar gewordenen Konflikte durch bloße Beschwörung der "Einigkeit innerhalb des Theaters", d. h. unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu lösen sind. Erstens betrachten wir Öffentlichkeit als ein unabdingbares Grundprinzip liberaler Demokratie (und müssen daher die beiden Herren gegen sich selbst in Schutz nehmen, die sich den unberechtigten Vorwurf machen, ihr Verhalten durch die Presse öffentlich bloßgestellt zu haben). Zweitens meinen wir, daß diese Konflikte nicht unabhängig vom allgemeinen gesellschaftlichen Zustand betrachtet werden können.

Gepaart mit seiner überholten feudalen Struktur birgt das Theater eine Variante jenes bürokratischen Apparates, der alle gesellschaftlichen Bereiche überwuchert und verwaltet. Wenn das Theater seine progressive, aufklärerische Funktion zurückgewinnen will, muß es versuchen, sich von staatlich-bürokratischer Bevormundung zu befreien. Um wieder gesellschaftlich wirksames Forum zu werden, muß es darum zunächst versuchen, seine Autonomie zu vergrößern. Und die Chance dafür scheint nicht ungünstig, während sich das manipulative Interesse der Herrschenden auf das Pressewesen und die Einflußmöglichkeiten in anderen Massenmedien richtet, gerät das Theater als minder brauchbares Manipulationsinstrument in die zweite Linie. Die Subventionen werden (mit schlechtem Gewissen - denn soweit wirkt ein altes Vorurteil noch nach) gekürzt.

Daß dies nicht nur die finanzielle Krise, sondern auch die große Chance eines Neuanfanges bedeutet, vermögen die Intendanten, die ihren eingefahrenen Betrieb zu konservieren suchen, nicht zu erkennen. Statt sich für die Kürzungen im Etat mit Zugeständnissen an Autonomie entschädigen zu lassen, glauben sie durch größeren Opportunismus, politisches Wohlverhalten und Rationalisierung des alten Betriebes sich die Gunst der Bürokraten erhalten zu können. Autonomie aber ist die geradezu lebensnotwendige Voraussetzung eines Theaters, das seinen Anspruch, demokratisches Forum zu sein, in einer nicht real demokratischen Gesellschaft erfüllen will. Für die Durchsetzung dieses Zieles sind alle im Theater Arbeitenden - außer Bürokraten - zu gewinnen; in diesem Punkt findet ein Intendant, der etwas ändern will, ausreichend Verbündete in seinem eigenen Betrieb. Allerdings unter einer Voraussetzung: die beste Autonomie nützt nicht, wenn sie nicht Hand in Hand mit einer Umstrukturierung des Betriebes selber geht. Noch mehr: die Autonomie, die einem niemand schenken wird, ist gar nicht zu erreichen, wenn sie

nicht von denen durchgesetzt wird, deren Arbeitsplatz das Theater ist. Voraussetzung (und zugleich Ziel) einer Lösung der am Beispiel der Kammerspiele sichtbar gewordenen allgemeinen Theaterkrise ist also vor allem die Schaffung demokratischer Verhältnisse im Theater selbst.

V. Die Inszenierung des "Vietnam-Diskurses" hat sich als Modell für demokratische Praxis von Anfang an verstanden. Es wurden Arbeitsmethoden angewandt, die die traditionelle, unproduktive Arbeitsteilung zwischen Schauspielern und Regie weitgehend aufhoben. Bestärkt durch die Erfahrungen während der Notstands-Aktivitäten wurde versucht, im Theater selbst die Basis derer zu erweitern, die nicht nur abstrakt behaupten, "für die Demokratie engagiert" zu sein, sondern - durch Diskussionen - Formen demokratischer Praxis am Arbeitsplatz selbst entwickeln.

Dazu kommt der Umstand, daß in dem gespielten Stück die Frage der Durchsetzung demokratischer Verhältnisse selbst zum Thema wird. Nur von der genannten Basis aus war es möglich, die Thesen des Stückes zu überprüfen, theatralisch zu vermitteln und unsere Haltung zum Völkermord in Vietnam zu formulieren; und noch weiter: die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk nicht nur zu postulieren, sondern dem Publikum praktische Formen der Solidarität anzubieten,

Und nicht etwa das als Konsumenten verschrieene Publikum protestierte gegen diese "Zumutung", sondern eben jene Kulturverwalter und Ordnungshüter des Theaters, die um ihre Sessel fürchten müssen, wenn ihre Angestellten anfangen, den demokratischen Anspruch des Theaters beim Wort zu nehmen und das Publikum nicht mehr nur als Konsumenten einer homöopathischen Anstalt à la Hohenemser anzusprechen.

Die Folgerungen einer Demokratisierung des Theaters gehen natürlich noch weiter; die wichtigsten seien noch genannt: Reduzierung der Bürokratie auf ein Minimum, Abschaffung der feudalen Alleinherrschaft des Intendanten, stattdessen kollektive Führung, die nicht vom Geldgeber, sondern den Produzenten am Theater eingesetzt wird - und abwählbar ist, Beteiligung aller Mitglieder des Ensembles an der Spielplanung und Offenlegung aller künstlerischen und ökonomischen Entscheidungen.

EXTRA-DOKUMENTATION

FRANZÖSISCHE LINKE: SCHÄDIGT DAS SYSTEM DE GAULLES

Das Aktionskomitee der Studenten und Schriftsteller hat an die "befreundeten Studenten und Schriftsteller im Ausland" einen Appell gerichtet, in dem zum Boykott des gaullistischen Systems aufgerufen wird. Das Komitee bittet um Mitteilungen, "ob die von uns vorgeschlagenen Aktionen richtig und praktisch ausführbar erscheinen". Die vorläufige Anschrift des Komitees: Jean Schuster, 50 Avenue Herbillon, Saint-Mandé (Seine). Der Wortlaut des Appells:

"Wir wissen nicht, wann und in welcher Form die nächste Auseinandersetzung zwischen der gaullistischen Staatsmacht und den revolutionären Kräften stattfinden wird. Daß diese Auseinandersetzung stattfinden wird, wissen wir aber und bereiten uns darauf vor. Auch die Staatsmacht bereitet sich ihrerseits vor, und zwar mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Der mächtige Repressionsapparat der Polizei, der von ihr eingesetzt wurde, bedroht schon jetzt die grundlegenden demokratischen Freiheiten. Unkontrollierte Haussuchungen kommen immer häufiger vor, desgleichen willkürliche Verhaftungen, sowohl auf der Straße wie in privaten Räumen. Die Sicherheit ausländischer Besucher ist nicht mehr garantiert. Eine fremdenfeindliche Staatsmacht bedroht sie, verfolgt sie, weist sie aus.

Ein Vorteil für das Regime ist trotzdem das Ansehen, das es auch weiterhin im Ausland für gewöhnlich genießt. Wir können hier nicht die Gründe untersuchen, warum die Regierungen, ob sie nun sozialistisch, bürgerlich-demokratisch oder faschistoid sind, de Gaulle begünstigen. In den meisten Fällen handelt es sich um eine diplomatische Strategie, die die freieren Völker im Namen des Internationalismus ablehnen sollten. Hier können die Intellektuellen und revolutionären Künstler aller Länder eine entscheidende Rolle spielen. Für uns hier in Frankreich gilt es, im offiziellen Bereich ein absolutes kulturelles Vakuum zu schaffen. Wir haben bereits jede Mitarbeit beim französischen

